

POLITIK
& GESELLSCHAFT



Wie viel sind uns die Familien wert?

Der Kita-Streik zeigt: Das System der Kinderbetreuung steht vor dem Kollaps. Neues Denken ist gefordert. Und Milliarden Euro. Damit Eltern über die Erziehung ihrer Kinder endlich selbst entscheiden können

Fünf Kinder, wenig Wahlfreiheit

Familie Jäger erzieht ihre Kinder vornehmlich zu Hause – noch. Martha und Andreas Jäger, 33 und 41, mit Jonas, 14, Lotta, 7, Lina, 10, Frederik, 10 Monate, und Mattis, 4 (v. l.)

FOCUS 20/2015



Ausgesperrt

Solche Szenen werden in den kommenden Wochen bundesweit zum Alltag gehören. In der Urabstimmung beschlossen die Kita-Mitarbeiter, unbefristet zu streiken

Martha Jäger ist eine pragmatische Frau und keine Ideologin. Starre Dogmen lehnt die fünffache Mutter ab und lebt – wie so viele Familien – auch Widersprüche. Zurzeit genießt die 33-Jährige die Zeit mit ihrem zehn Monate alten Sohn zu Hause. In die Krippe will sie ihn nicht geben. „Bis sie drei Jahre alt sind, kann ich meine Kinder genauso gut, wenn nicht besser selbst betreuen“, findet die Nürnbergerin.

Mit den drei älteren Kindern, die heute sieben, zehn und 14 Jahre alt sind, hielt sie es ganz anders – sie waren mit jeweils einem Jahr in der Kita. Jäger wollte damals ihr Lehramtsstudium vorantreiben. Ihren vierjährigen Sohn bringt sie vormittags in einen evangelischen Kindergarten. Der Platz kostet sie 140 Euro.

Die kinderreiche Familie lebt vom Gehalt des Vaters Andreas, einem angestellten Konditor, und bezieht zudem Wohngeld und einen Kinderzuschlag. Irgendwann will Martha Jäger ihr Referendariat absolvieren, um mit ihrem Lehrergehalt das Familieneinkommen aufzubessern.

Weniger aus weltanschaulichen Gründen denn mangels Alternativen, auf Grund bescheidener Löhne und hoher Lebenshaltungskosten sehen sich Familien zum Doppelverdienermodell gezwungen. Und damit zur Inan- ▶▶▶



Fotos: Wolf Heider-Sawall für FOCUS-Magazin, Uwe Zucchi/dpa

spruchnahme von staatlich hochsubventionierten Kita-Plätzen.

Und jetzt das!

Seit dieser Woche stehen Eltern vor verschlossenen Türen von Krippen, Kindergärten und Horten. Die bei den Kommunen angestellten 300 000 Erzieherinnen lassen ihren Arbeitskampf eskalieren; in vielen Großstädten des Landes wird es bis auf Weiteres keine Kinderbetreuung mehr geben. Die Gewerkschaften verlangen eine Aufwertung des Berufs, die sich in einer Gehaltserhöhung von 10 Prozent und neuen Eingruppierungen in höhere Entgeltgruppen niederschlagen soll.

Die Dummen sind arbeitende Eltern, die dachten, eine Balance zwischen Kind und Karriere gefunden zu haben, und jetzt eines Besseren belehrt werden.

Bislang fängt eine Erzieherin nach vier Jahren Ausbildung in der Stufe S6 mit 2311 Euro an. Für eine 22-Jährige nicht schlecht, aber nach 17 Jahren im Job hat sie sich nur um 900 Euro brutto verbessert und die Endstufe erreicht. Selbst Leiterinnen von mittelgroßen Kindertagesstätten ab 100 Kindern können mit 3589 Euro rechnen, brutto versteht sich.

Heutzutage sollen Erzieher Kinder zum Lernen anleiten, Kreativität fördern, Sprache vermitteln, Krankheiten, Fehlentwicklungen und sogar Verwahrlosung diagnostizieren. Für ihre gesellschaftlich wichtige Aufgabe bekommen die Multitalente weniger als Kfz-Mechaniker, Tierpfleger oder Kanalarbeiter. Ihr Monatslohn liegt unter dem Durchschnittslohn aller Arbeitnehmer von 3449 Euro.

Viel zu wenig für einen anspruchsvollen Beruf, finden Sympathisanten aus allen Lagern. Nur, wer es bezahlen soll, das verrät keiner. Zumal der kommunale Tarifstreit Signalwirkung für die rund 800 000 Beschäftigten bei privaten und freien Trägern hat. Auch sie werden die vielleicht bald erstreikten Tariferhöhungen übernehmen müssen.

Zuvor stehen nun womöglich wochenlange Schließungen von Krippen, Kindergärten und Horten an. Streik-Schwerpunkte sollen zunächst Bayern, NRW, Niedersachsen, Baden-Württemberg und Hessen sein. Gestreikt würde so, dass es „wehtut“, droht Norbert Hocke, Funktionär der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft. „Eltern werden ihre Kinder mit zur Arbeit bringen oder sich freinehmen und später Gehaltseinbußen einklagen“, hofft der Gewerkschafter.

Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig (SPD) äußert gegenüber FOCUS ihre Sympathie für die drastische Lohnforderung: „Wir brauchen eine Debatte in Deutschland, wie viel uns die



Wo besonders hart gestreikt wird

Die Schwerpunkte
Bundesweit lassen die Gewerkschaften die Beschäftigten in den kommunalen Kitas, Horten und Behinderteneinrichtungen die Arbeit niederlegen. Vor allem die großen Städte sind betroffen. Der Streik ist unbefristet

Quelle: Ver.di



Schluss mit lustig

Eltern müssen sich in den kommenden Wochen Betreuungsalternativen suchen

Arbeit mit Menschen und die frühe Bildung unserer Kinder wert ist.“ Sie betont noch einmal, was niemand bestreitet: Erzieher leisteten wichtige Arbeit. „Wir vertrauen ihnen unsere Kinder an; sie betreuen und bilden unsere Kinder von klein auf und tragen eine große Verantwortung. Deshalb müssen sie für ihre Leistungen auch entsprechend bezahlt werden.“

Trotz guter Wünsche aus Berlin – ein Ausweg aus dem Finanzierungsdilemma scheint nicht in Sicht. Die Eltern, vielerorts schon mit Kita-Gebühren von bis zu

1000 Euro belastet, würden sich wohl gegen noch höhere Kosten wehren.

Der Bund beteiligt sich derzeit mit 850 Millionen Euro an den Betreuungskosten. Im Kinderförderungsgesetz von 2008, mit dem der Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz besiegelt wurde, ging man von 12000 Euro Kosten pro Platz im Jahr aus. Diese Summe, also 1000 Euro im Monat, wird immer wieder als Beitrag des Staates sowohl für die politisch gewollte frühe Förderung der Kinder als auch für den von Politik und Wirtschaft gewünschten frühen Wiedereinstieg der Eltern in den Beruf genannt.

Die großen Parteien scheuen davor zurück, die rund 160 „familien- und ehebezogenen Leistungen“ der Bundesregierung einer Komplettrevision zu unterziehen. Dieses Sammelsurium von Zuwendungen soll den Familien angeblich rund 200 Milliarden Euro im Jahr bringen, obwohl Experten dies anzweifeln – weil darunter auch viele Leistungen wie Witwenrenten oder Ehegattensplitting (gibt's auch für Kinderlose) sind, die eben nicht speziell Familien zugutekommen.

Die hohen Forderungen der Gewerkschaften zwingen jedoch nun zum Umdenken. Denn das System steht vor dem Kollaps. Warum nicht neu denken und Alternativen entwickeln? Man müsste sich nur dranwagen:

Die simple Methode: mehr Geld ins marode System

Die Ausgaben der öffentlichen Hand für die gesamte Kindertagesbetreuung dürften aktuell bei 17,3 Milliarden Euro liegen. Das schätzt Stefan Sell, Professor an der Hochschule Koblenz. Der Volkswirt konstatiert, das System sei „charakterisiert durch Unterfinanzierung und Fehlfinanzierung“. Würde man sie nach den Vorgaben der OECD für die Qualität frühkindlicher Bildung adäquat ausstatten, müssten schon jetzt neun Milliarden mehr ins System gepumpt werden. Und es fehlen – je nach Studie – zwischen 30000 und 120000 zusätzliche Kräfte (die es auf dem Arbeitsmarkt aktuell nicht gibt).

Sell entwickelte ein Modell eines „KiTa-Fonds“. Demnach sollte mehr Geld vom Bund erbracht und verteilt werden. KiTa-Fonds in den 16 Bundesländern würden es weiterleiten. Der Vorteil: Die 16 Landesregierungen wären eingebunden, und eine „disziplinierende Struktur“ (Sell) würde sie davon abhalten, die Mittel in den Straßenbau oder andere Projekte abzuleiten. Sell: „Derzeit beteiligt sich der Bund nicht angemessen an den Kosten, obwohl er über Sozialabgaben und Steuern am meisten von der Berufstätigkeit der Mütter profitiert. Die Kommunen tragen im Mittel rund 60 Prozent der Kosten und sind gekniffen.“ Laut Sell müsste der Bund aber ein Drittel bis die Hälfte der laufenden Kosten für den Betrieb einer Kita finanzieren. So ließe sich auch ein überdimensionales Gehaltsplus der Erzieher verkraften, ohne dass Eltern noch mehr Geld in Kinderbetreuung investieren müssten.

Geld wäre da, man muss es den Familien nur lassen

Politiker loben sich gern für den staatlichen Ausbau von Kinderkrippen und die Einführung von Eltern- oder Betreuungsgeld. Dass sie aber über Steuern und ▶▶▶

Aufmarsch für Geld

Schon in den vergangenen Monaten gingen die Erzieher bundesweit für eine deutliche Lohnerhöhung auf die Straße. Die Tarifverhandlungen scheiterten schließlich



Fotos: Markus Scholz/dpa, Boris Roessler/dpa

Sozialabgaben bei den Familien besonders kräftig abkassieren, taucht in keinem Wahlprogramm auf. Immer wieder mussten Betroffene vor dem Bundesverfassungsgericht erzwingen, wenigstens das Existenzminimum von Steuern und Sozialbeiträgen freizustellen. In die Renten-, Arbeitslosen- und Krankenversicherung zahlen Eltern über ihre eigenen Abgaben und die Erziehung künftiger Beitragszahler weiterhin doppelt, finden der Deutsche Familienverband (DFV) und der Familienbund der Katholiken. Beide Organisationen unterstützen daher erneut den Weg vor das höchste deutsche Gericht (www.elternklagen.de).

Gern übersehen wird zudem, dass die starke Anhebung von Verbrauchssteuern seit 1990 (Mehrwertsteuer, Mineralöl- und Stromsteuer) Familien viel stärker trifft. Für Zuchtperde, Hund- oder Katzenfutter begnügt sich der Fiskus mit sieben Prozent ermäßigter Mehrwertsteuer. Bei Babywindeln oder Kinderschuhen sind dagegen volle 19 Prozent fällig.

Nicht nur die Interessenvertreter halten den staatlichen Eingriff ins Familienbudget für überzogen. „Das Bundesverfassungsgericht hat bei Steuern und Sozialabgaben einen klaren Nachholbedarf der Familien anerkannt. Dem müssen wir folgen“, sagt Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Reiner Haseloff (CDU). „Der Aufwand, ein Kind großzuziehen, ist heute deutlich höher als vor 30 Jahren. Denken Sie nur an Kita-Gebühren, andere Betreuungskosten und die enormen Ausgaben für Urlaub, Smartphones oder Kinderschuhe. Unser Steuersystem tut noch so, als ob die Lebenshaltungskosten von Kindern wesentlich niedriger wären als die von Erwachsenen. Wir müssen da unbedingt zu Gunsten von Familien umschichten.“

Der Kinderfreibetrag etwa, rechnet der Präsident des Bundes der Steuerzahler, Reiner Holz-nagel vor, „ist nur gerade mal so

“ Wir müssen unbedingt zu Gunsten von Familien umschichten“

Reiner Haseloff,
Ministerpräsident
von Sachsen-Anhalt

19%

Mehrwertsteuer
müssen für Kinder-
schuhe oder Windeln
entrichtet werden.
Bei Hundefutter
begnügt sich der
Fiskus mit sieben
Prozent



hoch, dass er das Existenzminimum abdeckt“. Den sogenannten Entlastungsbetrag für Alleinerziehende, der jetzt von 1308 auf 1908 Euro im Jahr steigen soll, hatten Bundestag und Bundesrat seit 2004 nicht mehr an die allgemeinen Lebenshaltungskosten angepasst.

Bessere Förderung von haushaltsnahen Dienstleistungen

Kinderbetreuungskosten erkennt der Fiskus allenfalls teilweise an. „Das ist dann besonders perfide, wenn auch Kita-Gebühren nach dem Einkommen gestaffelt sind“, so Steuerzahler-Präsident Holz-nagel. „Betroffene Eltern trifft dann die Progression nach der Steuer gleich noch einmal.“ Auch wenn die Kinder älter werden und Unterstützung fürs Studium brauchen, behandelt der Fiskus das als Privatvergnügen.

Babysitter, Haushaltspersonen oder Nachhilfelehrer erkennt das Finanzamt nur unter bestimmten Umständen an und gewährt allenfalls einen kleinen Steuerrabatt als „haushaltsnahe Dienstleistung“. Im Nachbarland Frank-

reich leisten sich größere Familien nonchalant Kindermädchen oder Haushaltshilfen. Insgesamt sind Familien dort generell steuerlich bessergestellt. Ab drei Kindern zahlen mittelmäßig verdienende Familien fast keine Steuern mehr.

Auch Arbeitgeber können sich mehr engagieren

Als Familienministerin monierte Kristina Schröder (CDU) eine „Das geht mich nichts an“-Hal-tung der Wirtschaft und forderte mehr Engagement. Zwar werben die Unternehmen um Frauen, weil Fachkräfte knapp werden, aber längst nicht alle engagieren sich. Oft sind es Initiativen der Unternehmerfamilien selbst, die praktisch bei der Vereinbarkeit helfen.

Etwa beim süddeutschen Outdoor-Hersteller VAUDE, der schon 2001 seinen schicken Betriebskindergarten „Kinderhaus“ eröffnete. Firmenchefin Antje von Dewitz erkannte als Mutter von vier Kindern schon früh, was es braucht, um Mitarbeiter in einer Randregion zu halten: optimale Betreuung der Kleinen. Ein Trendsetter war auch der Pharmakonzern Merck in Darmstadt, der bereits 1968 den Nachwuchs der Mitarbeiter



“Wir brauchen eine Debatte, wie viel uns die frühe Bildung unserer Kinder wert ist“

Manuela Schwesig
Bundesfamilien-
ministerin

ten Bundesländer privaten Initiativen deutlich weniger Zuschüsse als den eigenen Einrichtungen. Kommunen, die auf den Wettbewerb unterschiedlicher Anbieter setzen, erreichen dagegen viel schneller höhere Betreuungsquoten.

Warum nicht das System auf den Kopf stellen – mit einem Super-Kindergeld?

Statt immer mehr Geld in die Kinderbetreuung zu buttern, könnte der Staat ja auch direkt die Kinder oder deren Familien fördern, etwa mit einem Betreuungsbudget, das ähnlich hoch wäre wie die geschätzte Subvention eines Kita-Platzes – also 1000 Euro im Monat. Ein solches „Erziehungsgehalt“ fordert der Verband Familienarbeit. Vize-Chef Johannes Resch argumentiert: „Der Staat hat kein Recht, die Kindererziehung zu sozialisieren. Dem Grundgesetz folgend muss er es den Eltern überlassen, wie sie ihre Kinder erziehen.“ Das gewünschte Erziehungsgehalt wäre eine Gegenleistung für die Kindererziehung.“

Nur wenige unterstützen das Anliegen seines einst als „Hausfrauengewerkschaft“ gegründeten Verbandes. Sogar das von der CSU durchgesetzte und nach allerlei Querelen eingeführte bescheidene Betreuungsgeld wird von der Bundesregierung (derzeit vor dem Bundesverfassungsgericht) nur noch halbherzig verteidigt und insgesamt eher geduldet.

Der KAB-Diözesanverband Würzburg entwickelte die Idee eines „Familiengehalts“ als Grundeinkommen für Familien. Es soll 1800 Euro brutto pro Monat pro Familie betragen und in den ersten drei Jahren nach der Geburt eines Kindes an die Eltern ausbezahlt werden. Wird das jüngste Kind drei Jahre alt, könnte eine Haushaltsgemeinschaft noch die Hälfte der Summe beziehen. Bis das jüngste Familienmitglied 14 Jahre alt ist.

in einer Kita betreute. Heute bietet die Kita 150 Plätze.

„Die Zahl der Betriebe, die ihren Mitarbeitern Betreuungsplätze anbieten, hat in den letzten Jahren stark zugenommen“, meldet Achim Dercks, der stellvertretende Hauptgeschäftsführer des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK). „Zuletzt engagierten sich hier 25 Prozent mehr als zwei Jahre zuvor mit Belegplätzen oder eigenen Angeboten.“ Große Unternehmen richteten häufiger eigene Betriebs-Kitas ein. „Aber so mancher Unternehmer scheitert

letztlich bei der Kita-Gründung am Dschungel von Bau- und Versicherungsvorschriften bis hin zu DIN-Abmessungen von Waschbecken“, moniert Dercks. Allein die Übersicht der unterschiedlichen Finanzierungs- und Zuschussregelungen der 16 Bundesländer erstrecken sich nach einer FOCUS-Anfrage über 22 Seiten.

Jahrzehntelang haben sich die Deutschen einreden lassen, keiner könne Kinderbetreuung so gut organisieren wie der Staat. Dabei planen die Behörden oft schwerfällig am Bedarf vorbei. Nach wie vor gewähren die meis-

Kindergeld, Freibeträge – doch der Fiskus kassiert auch

Wenn der Steuertarif an die Inflation gekoppelt wäre und der Solidaritätszuschlag wie versprochen auslaufen würde, hätten auch Familien mehr netto. Wie viel das ausmacht, hat das Deutsche Steuerzahlerinstitut ausgerechnet

Alle Angaben in Euro	Monatsbrutto 2015 insgesamt	Effekt der kalten Progression; ohne (wegfallenden) Soli	Soli pro Jahr	Eigentlich fällige Entlastung im Jahr
Alleinverdiener, 1 Kind, Steuerklasse III	2500	92	-	92
	3500	184	24	208
	4500	254	262	516
Doppelverdiener, 2 Kinder, Steuerklasse IV*	6500	418	631	1049
	4000	209	-	209
	6000	369	364	733
	8000	479	707	1186

Quelle: Deutsches Steuerzahlerinstitut DSI

*Annahme: Beide Partner verdienen das Monatsbrutto zu jeweils gleichen Teilen

Der katholische Sozialverband schlägt vor, dass für dieses Familiengehalt – genau wie bei einem Gehalt aus beruflicher Tätigkeit – Steuern und Sozialabgaben entrichtet werden müssen. Dafür erwirbt man aber auch Rentenpunkte. Präses Peter Hartlaub begründet die Forderung damit, dass der Familienunterhalt beide Eltern absichere. „Er soll Spielraum geben für individuelle Lebensmodelle, die die Familien selbst wählen.“ Eltern könnten sich entscheiden, ihre Kinder selbst zu erziehen oder mit dem Geld externe qualitative Betreuung einzukaufen. „Nur das ist echte Wahlfreiheit.“

93 Milliarden Euro würde die Geldleistung im Jahr kosten. Aber: Allein 45 Milliarden würden laut Diözesanverband refinanziert durch den Rückfluss bei Steuern und Sozialversicherung. Hinzu kämen Einsparungen bei anderen Leistungen, wie zum Beispiel Eltern- oder Betreuungsgeld, die dann wegfielen.

Der konservativen Publizistin Birgit Kelle, Vorsitzende von Frau 2000plus, gefällt die Vorstellung eines Erziehungsgehalts und erst recht das vom Diözesanverband vorgeschlagene großzügigere Familiengehalt. Derzeit beobachtet sie eher gegenteilige Tendenzen. Sie protestiert dagegen, dass die rot-rot-grüne Landesregierung in Thüringen dort das Landeserziehungsgeld abschaffen will. In ihrer Stellungnahme schrieb Kelle: „Jedes Kind ist gleich wertvoll, unabhängig davon, welche Erziehungsform Eltern für ihren Nachwuchs wählen.“

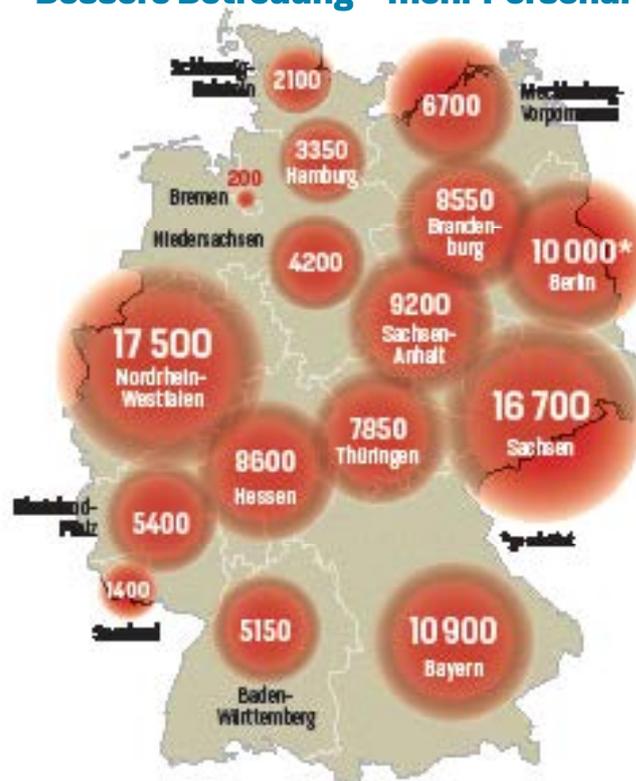
Auch der Soziologe und Politikwissenschaftler Claus Offe findet „die Idee der KAB attraktiv und diskussionswürdig“. Vielleicht auch, so sagt er, „als Einstieg in ein allgemeines, eventuell zeitlich begrenztes Grundeinkommen auf bürgerrechtlicher Grundlage“.

Mittlerweile stellte der KAB-Verband sein Konzept dem Bundestagsabgeordneten Paul Lehrieder vor, der seinen Wahlkreis in Würzburg hat. Der unterfränki-



Qualitative Betreuung Erzieher vermitteln frühe Bildung – dafür wollen sie besser entlohnt werden (hier: Burda-Bande)

Bessere Betreuung – mehr Personal



Es fehlen 120 000 pädagogische Fachkräfte

Die Bertelsmann-Stiftung errechnete für eine höhere Betreuungsqualität in den Kindergärten und Horten eine riesige Lücke an Erzieherinnen. In NRW etwa fehlen 17 500, in Sachsen 16 700

sche CSU-Mann leitet zugleich den Familienausschuss des Bundestags. Er lobte in einer Stellungnahme zwar, dass durch das Familiengehalt die Leistungen in der Familie anerkannt würden. Gleichzeitig gab er auch zu bedenken, dass in den kommenden Jahren kein Spielraum für teure Maßnahmen im Haushalt der Bundesrepublik Deutschland sei. Immerhin versprach Lehrieder, das Finanzierungsmodell „mal durchrechnen“ zu lassen. Offenbar fand er es „charmant“, dass durch das Familiengehalt auch eine Anwartschaft für die Rente entstehen soll.

Klingt freundlich, aber für den Vorschlag kämpfen mag der CSU-Mann aus Gaukönigshofen eher nicht. Im Gegenteil. Er hatte zumindest versprochen, das Konzept im SPD-geführten Familienministerium vorzustellen. In einem Brief zitiert er ausführlich die – natürlich ablehnende – Reaktion aus dem Hause Schwesig. Da heißt es: „Es kommt darauf an, dass die Eltern arbeiten. (...) Daher sollten die Familienleistungen die Erwerbstätigkeit der Familien unterstützen. Bei dem vorgeschlagenen Familiengehalt besteht jedoch das Risiko, dass die Anstrengungen zum Erwerb anderen Einkommens infolge des Familiengehalts eingeschränkt werden. Der Staat sollte den Bürgerinnen und Bürgern und insbesondere den Familien mit einem Grundeinkommen keine kurzfristigen Anreize bieten, die langfristig der wirtschaftlichen Stabilität der Familien abträglich sind.“ Vor diesem Hintergrund sei die Gewährung eines Familiengehalts bis zum 14. Lebensjahr des jüngsten Kindes einer Familie abzulehnen.

Die Anfrage von FOCUS, wie genau er denn nun selbst zu dem Vorschlag stehe, konnte oder mochte Lehrieder nicht beantworten. Eine richtige Lobby haben die Eltern in Berlin nicht.

PETRA HOLLWEG / ULRIKE PLEWNIA / FRANK THEWES / HERBERT WEBER

